

Europäische Parteien und die Europäisierung nationaler Parteien(systeme): eine Einführung in das Heft

Kritzinger, Sylvia; Sickinger, Hubert

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kritzinger, S., & Sickinger, H. (2008). Europäische Parteien und die Europäisierung nationaler Parteien(systeme): eine Einführung in das Heft. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(3), 247-252. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281746>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Sylvia Kritzinger/Hubert Sickinger (Wien)

Europäische Parteien und die Europäisierung nationaler Parteien(systeme). Eine Einführung in das Heft

Die Frage nach den Auswirkungen von europäischer Integration auf politische Parteien ist ein relativ neuer Forschungsstrang sowohl im Bereich der Europäischen Integrationsforschung wie auch im Bereich der Parteienforschung. Dem Charakter der EU als dynamischem Mehrebenensystem entsprechend sind dabei gleichermaßen die europäische und die nationale Ebene zu beachten. Auf europäischer Ebene entwickelten sich bereits seit den späten 1950er Jahren Fraktionen im Europäischen Parlament (EP), die sich nicht entlang nationaler Zugehörigkeit, sondern primär entlang „internationaler Parteifamilien“ (und politischer Positionierungen zur Europäischen Integration) konstituierten und mit Ausdehnung der Kompetenzen des Parlaments auch an politischem Gewicht gewannen. Obwohl mit der Einführung von Direktwahlen zum EP (seit 1979 im Fünf-Jahres-Rhythmus) oft auch die Erwartung einer Entwicklung „echter“ europäischer Parteien verbunden war, gewannen die neben den Fraktionen existierenden europäischen Dachverbände nationaler Parteien erst seit den späten 1980er Jahren als eigenständige Foren an – wenngleich vernachlässigbarer – Bedeutung. Ihre Rolle wurde erstmals im Vertrag von Maastricht (Art. 138a EGV, heute Art. 191 EUV) verankert; seit 2003 existiert mit dem Parteistatut eine ausdrückliche rechtliche Grundlage für die Organisation und finanzielle Förderung aus dem Gemeinschaftshaushalt der „Parteien auf europäischer Ebene“.¹ Daneben sind – auch unter dem Blickwinkel der Europäisierung – weiterhin die nationalen Parteien(systeme) von zentraler Bedeutung, da ja weiterhin die nationalen Parteien über das Rekrutierungsmonopol für europäische Mandatare (und die im Rat vertretenen Regierungsmitglieder, de facto auch für die Kommissare) verfügen und diese fast ausschließlich korporativ die Mitglieder der europäischen Parteien stellen.

Das vorliegende Schwerpunktheft der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* will neue Entwicklungen der Parteienforschung zur europäischen Ebene und der „Europäisierung“ nationaler Parteien(systeme) aufgreifen, die Debatte vertiefen und vorantreiben. Entsprechend den genannten institutionellen Anknüpfungspunkten hat sich die Forschung bezüglich der Effekte von europäischer Integration auf politische Parteien bisher entlang dreier Dimensionen entwickelt:

Eine Reihe von WissenschaftlerInnen hat sich *erstens* mit den *Fraktionen im Europäischen Parlament* als dem bislang wichtigsten Anknüpfungspunkt der Entwicklung europäischer Parteien beschäftigt. Besonders deren legislatives Verhalten – im Sinne von Koalitionsformationen und kohäivem Abstimmungsverhalten – steht im Mittelpunkt zahlreicher Analysen. Diesen Forschungsarbeiten liegt zugrunde, dass sie ergründen, wie politische Parteien im Entscheidungsfindungsprozess der europäischen Institution funktionieren bzw. darin agieren. Grundlegend für diesen Forschungsstrang ist die Beobachtung, dass die Mitglieder des EP zumeist nicht als (partiübergreifende) nationale Blöcke abstimmen. Die Debatte, die Ende der 1990er Jahre aufkam, beschäftigt sich daher mit der Frage, ob ideologische Faktoren das Abstimmungsverhalten bedingen und es somit zu einer Art Koalitionsbildungen der verschiedenen nationalen Parteien entlang von ideologischen Konfliktlinien kommt. AutorInnen wie u.a. Kreppel und Tsebelis (1999), Kreppel (2000), Kreppel/Hix (2003), Schmitt/Thomassen (1999), Bowler/Farrell (1999)

haben sich intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Daraus entwickelten sich zwei weitere Forschungsagenden, die sich erstens mit den verschiedenen Faktoren der Parteikohäsion im EP auseinandersetzen (siehe Faas 2003; McElroy 2003), und zweitens sich intensiv mit der zur Verfügung stehenden Datengrundlage beschäftigen (siehe Carruba et al. 2004). Besonders letztere Forschung hat kritisch aufgezeigt, dass die Datenlage im Bereich *legislative behaviour* durchaus problematisch ist und Vorsicht bei allzu weit reichenden Rückschlüssen aus dem Abstimmungsverhalten im EP angebracht ist.

Unmittelbar an diesen Forschungszweig anschließend bzw. auch daraus resultierend haben Parteien *zweitens* auch über die verschiedenen Analysen zu *cleavages* Eingang in die europäische Parteienforschung gefunden (siehe Hix/Lord 1997; Hix 1999; Hooghe/Marks 1999; Marks/Wilson 1999; Marks/Steenbergen 2002; 2004). Dieser Forschung liegt die Frage zugrunde, ob die Einstellungen der nationalen politischen Parteien zur europäischen Integration dem traditionellen Links-Rechts-Schema zugeordnet werden können oder aber ob sich durch die supranationale Ebene eine weitere Dimension herauskristallisiert hat, die entlang der Konfliktlinie „Nation“ strukturiert ist. Dahinter steht die Überlegung, dass der europäische politische Raum und die darin agierenden Parteien eine Veränderung von Konfliktlinien bewirken können. Die oben genannten ForscherInnen gehen davon aus, dass diese beiden Dimensionen, die in Forschungsarbeiten in unterschiedlichem Ausmaß als die zentralen Konfliktlinien identifiziert werden, den Wettbewerb der etablierten Parteien beeinflussen und verändern werden (siehe Hooge et al. 2002; Gabel/Hix 2002). Grundsätzlich wird vermutet, dass nationale Parteien ein Interesse daran haben, das Thema *Europa* zu unterschätzen und Parteienwettbewerb „along the more familiar and safer socio-economic cleavage“ (Mattila/Raunio 2006, 428) zu strukturieren.

In Bezug auf die weiteren „gesetzgebenden“ Institutionen der EU – die Europäische Kommission und den Europäischen Rat – hat die Forschung zum EP bzw. zu den Konfliktlinien die Standards gesetzt. Theoretische Modelle, empirische Resultate, methodische Vorgehensweisen bei der Analyse des Rates und der Kommission beruhen auf Vorarbeiten der oben genannten AutorInnen. Als solches ist die neuere Forschung zu Prozessen innerhalb dieser Institutionen stark von der Parteiforschung im europäischen Kontext beeinflusst bzw. durch diese substantiell bereichert worden.

Seit den grundlegenden Arbeiten von Robert Ladrech (1994) hat sich ein *dritter* Forschungsstrang entwickelt – und zwar im Bereich der Europäisierung von nationalen politischen Parteien. Europäisierung hat sich bis dahin stark auf Politikfeldanalysen gestützt und wurde erst durch Ladrech auch auf nationale politische Parteien ausgeweitet. In den letzten zehn Jahren hat sich die Forschung nun hauptsächlich auf die organisatorischen Veränderungen in politischen Parteien (Poguntke et al. 2007), die Salienz des Themas *Europa* in nationalen Wahlprogrammen (Pennings 2006) und in nationalen Wahlkampagnen (Kriesi 2006) sowie die Veränderungen von Parteipositionen entlang der Pro/Anti-Europa-Dimension in Wahlprogrammen zum EP (Kritzinger/Michalowitz 2005) konzentriert.

Jene Studien, welche die Salienz Europas in verschiedenen Wahlprogrammen untersuchen, analysieren, ob das Thema Europa Eingang in den Parteiendiskurs gefunden hat und wie es diesen beeinflusst. Die Inhaltsanalyse von Zeitungen, die Kriesi (2006) in fünf Mitgliedsländern der EU und der Schweiz durchgeführt hat, zeigt auf, dass die europäische Integration ein überaus salientes Thema sein kann. Ausschlaggebend dafür ist, ob konservative und populistisch rechte Parteien das Thema zur Mobilisierung verwenden oder nicht. Pennings hingegen entdeckt in seinen Untersuchungen nur marginale Salienz, aber – so die Erklärung – „this should not be interpreted as a lack of impact“, da „the low number of co-mentions in some policy areas may

be a deliberate choice if it results from the wish of national political parties to retain the final say over some policy areas“ (2006, 265). Die Art und Weise, wie Parteien das Thema Europa verwenden, ist stark strategisch motiviert: Europa betritt somit durch die Hintertür die Arena des politischen Wettbewerbs.

Die Ergebnisse zu den organisatorischen Veränderungen innerhalb von Parteien (Poguntke et al. 2007) hingegen weisen auf, dass die Parteiliten durch die europäische Integration gestärkt wurden – und hier insbesondere jene Parteiliten, die Regierungsparteien entstammen (Ladrech 2007). Des Weiteren haben Parteien verschiedene Positionen für EU-Spezialisten in ihren Parteigremien geschaffen (z.B. Abgeordnete zum EP), die jedoch im Vergleich zu den „traditionellen“ PolitikerInnen nicht an Macht gewonnen haben. Daraus kann geschlossen werden, dass Parteien nach wie vor die europäische und die nationale Ebene als getrennte Einheiten mit unterschiedlichen Kompetenzen betrachten, weshalb Ladrech die Europäisierung von politischen Parteien relativ negativ bewertet: „[it] renders party policy and program development and hence party government naïve at best, dishonest at worst“ (2007, 225).

Erste Schritte auch die inhaltliche Dimension von Parteieuropäisierung zu untersuchen, wurden seit 2000 bereits öfters unternommen. Kritzinger und Michalowitz (2005) haben in ihrer Studie zu österreichischen, finnischen und schwedischen Europawahlprogrammen festgestellt, dass nationale Parteien ihre Europapositionen durchaus dynamisch gestalten, den neuesten europäischen Entwicklungen anpassen und dadurch starken Veränderungen unterliegen, was einen Hinweis auf den Einfluss der europäischen Integration auch auf inhaltlichen Positionen von Parteien gibt.

Obwohl im Bereich der Europäisierung von politischen Parteien in den letzten fünf Jahren zahlreiche empirische Analysen durchgeführt worden sind, agierte dieser Forschungsstrang relativ *atheoretisch* und schloss selten an die dominierende Theorie der vergleichende Parteienforschung (e.g. Parteiwandel) an, was zu einer problematischen Zersplitterung der Forschungsarbeiten geführt hat. Lefkofridi (2008) zeigt allerdings, dass es durchaus möglich erscheint, traditionelle Theorien des Parteienwandels mit Theorien der Europäisierung zu verbinden und einen theoretischen Rahmen für diesen Forschungsbereich zu entwickeln. Empirische Analysen werden die theoretische Robustheit dieses Modells in den kommenden Jahren testen und erweitern.

Wie bereits im ÖZP-Heft 1/2008 angekündigt, möchten wir nun in diesem Schwerpunktheft einerseits der Entwicklung eines „europäischen“ Parteiensystems auf Ebene der EU, andererseits aber auch den Rückwirkungen der Integration auf die nationalen Parteien(systeme) nachgehen, um somit an die dargestellten Forschungsarbeiten im Bereich „Parteien und europäische Integration“ anzuknüpfen. Diese spezielle Thematik der Parteienforschung wird auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene beleuchtet, wobei besonders die organisatorischen und programmatischen Veränderungen von politischen Parteien im Zuge des europäischen Integrationsprozesses ins Licht gerückt werden. Dementsprechend gehen die sechs Artikel dieses Schwerpunktheftes nun diesen unterschiedlichen Fragen nach. Die ersten vier Artikel (Luther, Lefkofridi/Kritzinger, Meyer/Rosenberger, Tosun/Debus) untersuchen die Einwirkung der europäischen Integration auf nationale Parteien im Vergleich und anhand von Fallstudien mittels unterschiedlicher Materialien und Methoden, während die beiden letzten Artikel (Treib, McElroy) politische Parteien und ihre Handlungsweisen auf europäischer Ebene analysieren. Hervorzuheben gilt weiters, dass der Untersuchungsgegenstand „Politische Parteien im europäischen Integrationsgefüge“, methodische Vielfalt produziert: quantitative sowie qualitative Methoden – teils in Triangulation – kommen zum Einsatz und erhöhen dadurch unseren Erkenntnisgewinn in diesem Forschungsgebiet beträchtlich.

Kurt Richard Luther geht in seinem Artikel den Auswirkungen von europäischer Integration auf die organisatorischen Aspekte der österreichischen politischen Parteien seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 nach. Insbesondere auf die Veränderungen der internen Machtstrukturen wird dabei ein Hauptaugenmerk gelegt: dabei wird unter anderem analysiert, ob Abgeordnete zum Europäischen Parlament sowie die diversen DelegationsleiterInnen der Parteien an Einfluss in der Partei auf nationaler Ebene gewinnen konnten. Anhand neuester Daten, die aus einer repräsentativen Umfrage sowie aus ExpertInneninterviews generiert wurden, stellt Luther fest, dass EP-Abgeordnete auf nationaler Ebene nur über einen bedingten Einfluss verfügen. Auf supranationaler Ebene hingegen agieren sie überaus autonom, was den Autor dazu verleitet anzunehmen, dass es in Zukunft zu einer Entkoppelung zwischen der nationalen und supranationalen Parteiorganisation kommen könnte.

Der zweite und dritte Artikel hingegen fokussieren auf die europäischen Politikinhalte von nationalen Parteien – den zweiten wichtigen Aspekt neben den organisatorischen Veränderungen. Beide Artikel gehen empirisch dem von Peter Mair (2000; 2004; 2006; 2007) theoretisch begründeten Politisierungs-Prozess nach und versuchen zu ergründen, welche europäischen Inhalte im Parteienwettbewerb transportiert werden und welche Rückschlüsse einerseits hinsichtlich der Europäisierung von Parteien und andererseits hinsichtlich der demokratischen Repräsentation durch Parteien gezogen werden können. Anhand unterschiedlicher Kontexte, verschiedener Methoden und Materialien wird diesem Untersuchungsgegenstand nachgegangen.

Zoe Lefkofridi und Sylvia Kritzinger analysieren in ihrem Artikel vergleichend quantitativ den Parteienwettbewerb im Zuge von EP-Wahlen anhand von Europawahlprogrammen. Ihre leitenden Forschungsfragen beziehen sich einerseits auf den Kontext von EP-Wahlen als (so die verbreitete Einschätzung) *second order national elections*, andererseits auf die dominanten Themen während des Wahlkampfes, um zu untersuchen, wie die Europäische Integration die Politisierung von Politikfeldern beeinflusst. Die Autorinnen kommen zum Schluss, dass erstens rudimentäre Europäisierung von nationalen politischen Parteien stattgefunden hat, da der europäische Kontext Eingang in den politischen Wettbewerb findet; zweitens, dass eine *De-Politisierung* des Parteienwettbewerbs beobachtet und Mairs These der Aushöhlung des Wettbewerbs durch die europäische Integration dadurch unterstrichen werden kann.

Anschließend untersuchen Sarah Meyer und Sieglinde Rosenberger anhand des Wahlkampfes zur Nationalratswahl in Österreich 2006 und mittels qualitativer Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen und TV-Sendungen, ob für den nationalen Kontext ähnliche Schlussfolgerungen hinsichtlich des Politisierungsprozesses gezogen werden können, wie für den europäischen Kontext zuvor. Auch hier kann eine Europäisierung des Kontextes beobachtet werden, da die nationale Ebene durchaus als Forum für EU-Themen verwendet wird. Im Unterschied zu Lefkofridi und Kritzinger war hier *De-Politisierung* allerdings nicht im gleichen Ausmaß beobachtbar. Die Analyse der TV-Sendungen hat vielmehr ergeben, dass besonders von EU-ablehnenden politischen Akteuren eine *Re-Politisierung* vorangetrieben wird. Generell wird jedoch auch von diesen beiden Autorinnen kritisch angemerkt, dass der *de-politisierte* Wettbewerb demokratiepolitisch negative Auswirkungen haben kann.

Der Artikel von Jale Tosun und Marc Debus schließt an diese inhaltlichen Europapositionsanalysen mit einer weiteren quantitativen Analyse von Wahl- und Regierungsprogrammen an, wobei der Fokus ausgeweitet wird. Tosun und Debus untersuchen, wie die europäischen Parteipositionen von nationalen Parteien in Regierungsposition „übertragen“ werden und wie stark diese miteinander korrelieren. Besonders die Faktoren, die diese Übertragung beeinflussen (e.g. Parteienfamilie, Dauer von EU-Mitgliedschaft), stehen dabei im Zentrum der Analyse. Als be-

sonderen Faktor beziehen Tosun und Debus auch den Anteil von Euroskeptikern unter den Parteigängern bzw. in der Gesamtpopulation in ihre Analysen mit ein. Sie weisen nach, dass erstens die Präferenzen der WählerInnen einen Einfluss auf die Europapositionen der jeweiligen Parteien, aber überraschenderweise auch auf die Positionen von Regierungen haben. Außerdem zeigen ihre Analysen, dass europaskeptische Äußerungen vor der Wahl bei der Entwicklung von Regierungspositionen durchaus positive Veränderungen erfahren und somit Partei- und Regierungspositionen nicht gleichgesetzt werden können.

Um Europapositionen von Akteuren mit unterschiedlichen institutionellen Rollenverständnissen geht es auch im Artikel von *Oliver Treib*. Er schließt dabei an die Debatte um unterschiedliche Konfliktlinien im politischen Raum (ideologisch versus national) auf europäischer Ebene an. Treib untersucht mittels qualitativer und quantitativer Methoden, ob parteipolitische Ideologien oder eher nationale Interessen die Positionen von AkteurInnen im EU-Verfassungskonvent dominieren. Im Vergleich zu bisheriger Forschung fügt er als zusätzliche Dimension die unterschiedlichen institutionellen Rollendefinitionen ein und kommt zum Schluss, dass Europapositionen stark davon abhängig sind, ob der/die jeweilige AkteurIn einer Regierungspartei oder aber einer Oppositionspartei angehört. Während Erstere eher nationale Interessen verfolgen, sind Letztere durch ideologische Faktoren gekennzeichnet. Eine Zusammenführung dieser beiden Variablen (Konfliktlinien und Rollendefinitionen) erweitert unser Verständnis von beobachtbaren Konfliktlinien im europäischen Raum.

Gail McElroys Artikel wendet sich den Parteien im Europäischen Parlament zu und analysiert deren Parteidisziplin und -kohäsion. Aufgrund der fehlenden Sanktionsmöglichkeiten des EP ist es erstaunlich, dass sich die Parteien in den einzelnen Parteigruppen bei Abstimmungen relativ kohäsiv verhalten. Diesem Puzzle geht McElroy in ihrem Artikel nach, indem sie untersucht, wie Parteigruppen im EP sich Parteidisziplin sichern bzw. wie sie Parteidisziplinlosigkeit bestrafen. Zentral in ihrer Analyse ist dabei die These der „Komiteezuweisung“, die besagt, dass attraktive Komitees innerhalb des EP loyalen PolitikerInnen zugewiesen bzw. illoyalen PolitikerInnen diese weggenommen werden. Mittels quantitativer Analysen bestätigt McElroy, dass in der Tat diese interne Organisation von Komiteezuweisung es ermöglicht, Parteidisziplin im Europäischen Parlament zu festigen und zu erhöhen.

Die Beiträge in diesem Schwerpunktheft greifen somit zentrale aktuelle Debatten der Parteiforschung im europäischen Kontext auf. Die generelle Analyse der Europäisierung von Parteien einerseits und die Entwicklung von Parteien(systemen) und den darin enthaltenen Konfliktlinien andererseits stellen das Spektrum der gegenwärtigen Forschung dar und zeigen neue Trends in diesem sich rasant entwickelnden Forschungsfeld der Parteiforschung sowie der europäischen Integrationsforschung auf.

ANMERKUNG

- 1 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 2003/297; Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 2007/343.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bowler, Shaun/David Farrell (1999). Parties and Party Discipline within the European Parliament: A Norms Based Approach, in: Shaun Bowler/David Farrell/Richard Katz (Hg.): *Party Discipline and Parliamentary Government*, Columbus Ohio, 208–222.
- Carruba, Clifford/Matthew Gabel/Lacey Murrah/Ryan Clough/Elizabeth Montgomery/Rebecca Schambach (2004). A Second Look at Legislative Behavior in the European Parliament. Roll-Call Votes and the Party System, IHS-Working Paper Series, January.
- Faas, Thorsten (2003). To Defect or not to Defect? National, Institutional and Party Group Pressures on MEPs and their consequences for Party Group Cohesion in the European Parliament, in: *European Journal of Political Research*; 42, 841–866.
- Gabel, Matthew/Simon Hix (2002). Defining the EU Political Space. An Empirical Study of the European Election Manifestos, 1979/1999, in: *Comparative Political Studies*; Vol. 35(8), 934–964.
- Hix, Simon/Christopher Lord (1997). Political parties in the European Union, New York.
- Hix, Simon (1999). Dimensions and Alignments in European Union Politics: Cognitive Constraints and Partisan Responses, in: *European Journal of Political Research* 35, 69–106.
- Hooghe, Liesbeth/Gary Marks (1999). The Making of a Polity: the Struggle over European Integration, in: Herbert Kitschelt/Peter Lange/Gary Marks/John D. Stephens (Hg.): *Continuity and change in contemporary capitalism*, Cambridge.
- Hooghe, Liesbeth/Gary Marks/Carol J. Wilson (2002). Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 35(8), 956–989.
- Kreppel, Amie (2000). Rules, Ideology and Coalition Formation in the European Parliament, in: *European Union Politics*, Vol. 1(3), 340–362.
- Kreppel, Amie/Simon Hix (2003). From ‘Grand Coalition’ to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 36(12), 75–96.
- Kreppel, Amie/George Tsebelis (1999). Coalition Formation in the European Parliament, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 32(8), 933–966.
- Kriesi, Hanspeter (2006). The Role of European Integration in National Election Campaigns, in: *European Union Politics*, Vol. 8(1), 83–108.
- Kritzinger, Sylvia/Irina Michalowitz (2005). Party Positions Changes through EU membership? The (non-) Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties, in: *Politique Européenne*, Vol. 16(2), 21–53.
- Ladrech, Robert (1994). Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 32(1), 69–88.
- Ladrech, Robert (2007). Europeanization and national party organization: limited but appropriate adaptation?, in: Thomas Poguntke/Nicolas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt Richard Luther (Hg.): *The Europeanization of National Political Parties*, London/New York, 86–107.
- Lefkofridi, Zoe (2008). An Integrated Model of National Party Response to European Integration, in: IHS Working Paper Political Science Series 115, Internet: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_115.pdf
- Marks, Gary/Carole Wilson (1999). National Parties and the Contestation of Europe, in: Thomas Banchoff/Mitchell Smith (Hg.): *Legitimacy and the European Union: the Contested Polity*, London, 113–133.
- Marks, Gary/Marco Steenbergen (Hg.) (2002). Special Issue: Dimensions of Contestation in the European Union, *Comparative Political Studies*, Vol. 35(8).
- Marks, Gary/Marco Steenbergen (Hg.) (2004). *European integration and political conflict*, Cambridge.
- Mattila, Mikko/Tapio Raunio (2006). Cautious Voters and Supportive Parties: Opinion Congruence between Voters and Parties on the EU dimension, in: *European Union Politics*, Vol. 7(4), 427–449.
- McElroy, Gail (2003). In Pursuit of Party Discipline: Committee and Cohesion in the European Parliament, PhD Dissertation, University of Rochester.
- Pennings, Paul (2006). An Empirical Study of the Europeanization of National Party Manifestos, 1960–2003, in: *European Union Politics*, Vol. 7(2), 257–270.
- Poguntke, Thomas/Nicolas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt Richard Luther (Hg.) (2007). *The Europeanization of National Political Parties*, London/New York.
- Schmitt, Hermann/Jacques Thomassen (1999). Distinctiveness and Cohesion of Parties, in: Hermann Schmitt/Jacques Thomassen (Hg.): *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, Oxford, 111–128.